

**Pressekonferenz
Berlin, 23. November 2011**

**Verteilungsbericht 2011
Aufschwung für Alle sichern!**

Statement von Claus Matecki,

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Verteilungsfrage wurde in Deutschland lange Zeit für gelöst erklärt, zumindest was die materiellen Aspekte anging.

Wer gar noch von Verteilungs-*Gerechtigkeit* redete, stand schnell unter ideologischem Generalverdacht.

Bestenfalls ging es noch um „Teilhabe“, also um die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teil zu nehmen, oder um die Verteilung von Bildungschancen, um „Chancengleichheit“.

Seit einigen Jahren macht sich aber selbst unter denjenigen Verunsicherung breit, die die Verteilungsfrage für überwunden hielten:

über den sich ausbreitenden Niedriglohnsektor,

über Scheinselbständigkeit,

über befristete Arbeitsverträge auch für Menschen mit akademischen Abschlüssen.

„Arm trotz Arbeit“ ist keine Seltenheit mehr, sondern Alltagserfahrung für immer mehr Menschen.

Jeder weiß inzwischen, was ein Aufstocker auf sich nehmen muss, um seine Existenz zu sichern.

Wir müssen einerseits UN-Berichte über Kinderarmut in Deutschland zur Kenntnis nehmen – und andererseits nimmt die Zahl der Millionäre von Jahr zu Jahr zu,

enteilen die Unternehmensgewinne den Lohnzuwächsen,

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

die Verteilungsfrage ist für die deutschen Gewerkschaften von zentraler Bedeutung.

Die Diskussion um eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen entzündet sich inzwischen nicht mehr allein an Banker-Boni oder astronomischen Abfindungen für Manager.

Angebliche Neiddebatten werden nicht mehr reflexartig abgewehrt.

Die Einsicht wächst, dass was faul sein muss, wenn weite Kreise der Bevölkerung seit Jahren vom Wohlstandszuwachs abgekoppelt sind.

Die Umverteilung von unten nach oben hat dazu geführt, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten 15 Jahren massiv auseinander gegangen ist.

Ungleichheit und ungerechte Verteilung von Einkommen und Reichtum sind nicht zuletzt eine der zentralen Ursachen der Finanzkrise:

Die Wertschöpfung ist allein bei den oberen Einkommen gelandet, und sie haben ihr Geld oft ins globale Finanzcasino durchgereicht.

Trotzdem handelte die Politik bei jeder Zuspitzung der Krise in den letzten Monaten nach dem Muster: der Rettungsschirm wird immer weiter geöffnet – aber

nicht Investmentbanken, Hedgefonds und andere Finanzjongleure, sondern Arbeitnehmerinnen, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Rentner und Empfänger sozialer Hilfeleistungen tragen die Last der Rettungseinsätze!

Sie tragen sie mit Lohnverzicht, Arbeitslosigkeit und Sozialkürzungen.

Eher selten werden die Reichen und Vermögenden zur Kasse gebeten, obwohl einige inzwischen selbst eine gerechtere Politik anmahnen.

So wird mit jeder neuen „Hilfe“ die Kluft zwischen Arm und Reich größer.

Diese ungerechte Politik gefährdet den sozialen Zusammenhalt moderner Gesellschaften und damit das Fundament entwickelter Demokratien.

Unser Wirtschaftssystem ist dabei, seine politische und soziale Legitimation zu verspielen, die auch auf einem für alle wachsenden Wohlstand fußt.

Immer mehr Menschen wenden sich von der Politik ab – aber auch von der Grundüberzeugung, dass sich Arbeit lohnt, dass es bei uns gerecht zugeht.

So geht auch die ökonomische Basis unseres Wirtschaftens verloren.

Dem zweiten Arbeitsmarkt folgen zweit- und drittklassige Märkte für Güter und Dienstleistungen.

Ein-Euro-Shops für Ein-Euro-Jobber.

Wenn immer mehr Menschen nicht am Reichtum ihrer Gesellschaft partizipieren, werden sie auch vom Markt für qualitativ hochwertige Produkte ausgeschlossen.

Die Verteilungsfrage ist deshalb nicht nur ein Schlüssel für sozialen Zusammenhalt in jeder entwickelten Gesellschaft, sondern auch für die ökonomische und ökologische Modernisierung unserer Volkswirtschaften.

Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

unser **Verteilungsbericht 2011** belegt die soziale Schieflage und benennt die Handlungsfelder für eine gerechtere Politik.

1. Generell war das vergangene Jahrzehnt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Zeit großer Bescheidenheit.

Spärliche Zuwächse beim Bruttoverdienst wurden durch Preissteigerungen aufgezehrt. Real haben die Beschäftigten hierzulande weniger in der Tasche als zur Jahrtausendwende.

Deutschland bildet bei der Einkommensentwicklung das unrühmliche Schlusslicht unter allen Industriestaaten weltweit.

Bei den gesamtwirtschaftlichen Kapitaleinkommen sieht es ganz anders aus. Während sich die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte in einer sinkenden Lohnquote (66,5 %) niederschlägt, stieg die Profitquote, also der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen, spiegelbildlich von 27,9 % im Jahr 2000 auf nunmehr 33,5 %.

2. Treibende Kraft hierfür waren insbesondere die Kapitalgesellschaften jenseits der Banken.

Die Unternehmensgewinne kletterten 2010 insgesamt um 16,7 %. Dabei spielen die Einkommen aus Vermögenspositionen der Unternehmen eine immer wichtigere Rolle.

So generieren die Kapitalgesellschaften ca. 24 % ihrer Gewinne aus Vermögenseinkommen.

Unternehmen platzieren ihre Betriebsüberschüsse lieber an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten, als sie in neue Produktionsanlagen oder in Forschung und Entwicklung zu stecken.

Mit Finanztransaktionen lässt sich eben mehr und vor allem schneller Geld verdienen.

Ganz abgesehen davon, dass schon übermorgen Anlagen, Produkte, Serviceangebote oder die Qualifikationen der Beschäftigten veraltet und die Zukunft des Unternehmens auf dem Spiel stehen könnte.

Wie fragil diese Strategie ist, hat sich in der Krise gezeigt.

3. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.

Das Vermögen konzentriert sich in immer weniger Händen.

Ich möchte dies mit einigen Zahlen verdeutlichen:

Nur die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung konnten im letzten Jahrzehnt ihren Anteil am gesamten Nettovermögen erhöhen: von 58 auf über 61 Prozent.

Das reichste Prozent verfügt über 23 % des Nettovermögens.

Am unteren Ende der Vermögenspyramide sieht es ganz anders aus.

70 % der Erwachsenen besitzen gerade mal 9 % des Nettovermögens.

27 % der Bevölkerung verfügen über kein Vermögen oder haben Schulden.

Dabei ist der zu verteilende Kuchen insgesamt größer geworden. Immerhin ist das Vermögen hierzulande im letzten Jahrzehnt von 6,5 Billionen Euro (2002) auf 8 Billionen Euro 2007 gestiegen.

Aber auch die Einkommensschere geht auseinander. So legten die Einkommen der stärksten Einkommensbezieher in den Jahren von 2004 bis 2009 um jährlich 3,7 % zu, die Einkommen der Einkommensschwachen hingegen nur um 0,9 %.

Diese Entwicklung war in dem Konjunkturzyklus von 1997-2003 noch ausgeglichener.

4. Deutschland hat kein Problem zu hoher Arbeitskosten.

Die deutschen Lohnstückkosten entwickeln sich seit vielen Jahren unterdurchschnittlich.

Erst im Zuge der Krise, als die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität abfiel, stiegen die Lohnstückkosten etwas an – im europäischen Vergleich aber nach wie vor am Geringsten.

Die politisch geförderte Ausuferung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigung drückt massiv auf das Lohngefüge.

Die deutsche Lohnschwäche erhöht den Preisdruck auf andere Länder.

Das Märchen vom „deutschen Hochsteuerland“ muss endlich ad acta gelegt werden.

Die effektive Unternehmensbesteuerung hierzulande ist bei Weitem nicht zu hoch, wie oftmals von arbeitgebernahen Ökonomen behauptet.

Entgegen dem europäischen Trend ist sie rückläufig.

Deutschland generiert aus der Unternehmensbesteuerung im OECD-Vergleich den geringsten Teil (5,1 %) seines Steueraufkommens.

Meine Damen und Herren,

die Ergebnisse unseres Berichts zeigen, dass die verteilungspolitische Schieflage in Deutschland in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat.

Für eines der reichsten Länder der Welt ist dies ein Armutszeugnis.

Die Umverteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen zulasten der abhängig Beschäftigten muss beendet werden.

Eine gleichmäßige Verteilung der Einkommen und Vermögen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsaspekten, sondern auch ökonomisch mehr als notwendig.

Der DGB fordert deshalb:

Kräftige Lohnerhöhungen!

Sie sind das Gebot der Stunde.

Von sinkenden Reallöhnen können keine Impulse für den Konsum ausgehen.

Wir brauchen eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, also einen Zuwachs der Löhne und Gehälter, der mindestens die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität plus Preissteigerungen beinhaltet.

Ein robuster Binnenmarkt als zweites Standbein der Volkswirtschaft ist die beste Versicherung gegenüber weltwirtschaftlichen Verwerfungen.

Flankierend zu den Branchenmindestlöhnen braucht Deutschland einen gesetzlichen **Mindestlohn** von mindestens 8,50 Euro die Stunde als unterste Haltelinie.

Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßt dies.

Zudem würde ein gesetzlicher Mindestlohn mehrere Milliarden Euro in die Kassen der Sozialversicherungssysteme spülen.

Die öffentliche Hand könnte durch geringere Transferzahlungen Milliarden sparen. Gelder, die für andere staatliche oder kommunale Aufgaben wie den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur, das Bildungssystem oder für Investitionen in erneuerbare Energie ausgegeben werden könnten.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes muss überwunden werden.

Nur reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung führt auch zu einem nachhaltigen Aufschwung.

Die Rekordzuwächse in der Leiharbeit zeigen, wie wichtig es ist, die Branche rechtlich neu zu regeln. Leiharbeiter erhalten oft 30-50 % weniger Entgelt als Stammbeschäftigte – bei gleicher Tätigkeit.

Das muss sich ändern. Deshalb fordern wir:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Equal Pay).

Darüber hinaus verschärft die unsinnige **Schuldenbremse** die Ungleichheit.

Sie gehört wieder abgeschafft, da sie ökonomisch unsinnig und sozial ungerecht ist.

Für öffentliche Investitionen Kredite aufzunehmen, ist ökonomisch sinnvoll.

Ein Blick auf die baufälligen Schulen,

auf überfüllte Universitäten und

alte Krankenhäuser

lässt die katastrophalen Folgen der Schuldenbremse erahnen.

Die Schuldenbremse hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Im Gegenteil: Die nachfolgenden Generationen erben nicht nur eine kaputt gesparte Infrastruktur, sondern auch noch ein grundgesetzliches Schuldenverbot.

Darüber hinaus ist sie ein politischer Angriff auf den Sozialstaat.

Der gesetzlich erzwungene Schuldenabbau wird zu massiven Kürzungen im Sozialbereich führen. Nur Großverdiener und Vermögende können sich einen armen Staat leisten.

Wer in sozial verantwortbarer Weise Schulden begrenzen will, muss wieder **stärker besteuern**: Vermögen durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer,

Erbschaften durch eine reformierte Erbschaftsteuer, die den Namen auch verdient, Großverdiener durch eine Erhöhung des Einkommensspitzensteuersatzes und Unternehmensgewinne durch eine breite Bemessungsgrundlage.

Mit diesen Maßnahmen kann die Politik nicht nur die verteilungspolitische Schieflage in Deutschland endlich angehen.

Es wären auch erste Schritte für die Stärkung der Binnennachfrage und die Beseitigung der Ungleichgewichte in der Eurozone getan.

Gelingt es darüber hinaus durch weitere Maßnahmen, den Kapitalüberschuss aus dem Finanzmarkt-Casino in sinnvolle Zukunftsinvestitionen umzulenken, statt halb Europa die teutonische Sparkunst zu lehren, so sehe ich Chancen, das der Titel unseres Verteilungsberichts Wirklichkeit wird: „**Aufschwung für alle sichern**“